

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Grampstr. 5/6 durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 25 Pf., Postzeitungsliste Nr. 7242.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Subscriptionsgebühren: Beträge für die einjährige, halbjährliche oder vierteljährliche Mitgliedschaft für Herren und Damen, für die Postzeitungsliste Nr. 7242. Inhaber für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 34.

Montag, den 10. Februar 1896.

7. Jahrgang.

Die Ladenschlussfrage.

Aufgabe der Reichskommission für Arbeiterstatistik ist, zu untersuchen, ob und wie weit Mißstände auf sozialem Gebiete sich bemerkbar machen und wie diesen Mißständen abzuhelfen ist. Mit der Thätigkeit dieser Kommission hat der Reichstag auf Veranlassung der Socialdemokraten sich kürzlich eingehend beschäftigt. Gerügt wurde das langsame Tempo, in welchem die Commission arbeitet, aber anerkannt deren Bedeutung und gewünscht, daß die Commission mit weiteren Arbeiten angeschlossen werde. Auf diese Wünsche gehen wir an dieser Stelle nicht ein, sie sind durch die Verhandlungen im Reichstage erledigt worden.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Commission war, die Lage der im Handelsstande beschäftigten Personen zu erforschen. Auf Grund des gesammelten Materials, der schriftlichen Umfrage und mündlichen Auskunfterteilung ist die Commission zu dem Resultat gekommen, eine einheitliche Schlußfrage für den Betrieb von offenen Ladengeschäften vorzuschlagen. Etwa zehn Prozent der hauptsächlich in Betracht kommenden Ladengeschäfte hat die Commission zur Verantwortung von Fragebogen aufgefordert. Berücksichtigt wurden große und kleine Drischäften, sowie Principale und Schiffsen in fast gleichem Verhältnis befragt. Diese Enquete stellte fest, daß in 57,3 Prozent der Läden um 7 Uhr Morgens oder früher, in 35,9 Prozent der Läden zwischen 6 und 7 Morgens, in 6,8 Prozent der Läden vor 6 Uhr Morgens das Geschäft geöffnet wird; während in 13 Prozent der Läden vor 8 Uhr Abends, in 25,1 Prozent um 8 Uhr Abends, in 23,1 Prozent zwischen 8 und 9 Uhr, in 34,7 Prozent zwischen 9 und 10 Uhr und in 4,1 Prozent nach 10 Uhr geschlossen wird. Im Allgemeinen ergibt die Enquete eine Arbeitszeit für Ladengeschäfte: von 12 Stunden oder weniger in 25 1/2 Prozent, 12 bis 13 Stunden in 20 Prozent, 13 bis 14 Stunden in 15 Prozent, 14 bis 15 Stunden in 14,50 Prozent, 15 bis 16 Stunden in 50,50 Prozent und mehr als 16 Stunden in 4,50 Prozent. Ferner sind in 55 Prozent der befragten Ladengeschäfte die Mittagspausen in Folge der Abwechslung des Personals untereinander auf 1 bis 2 Stunden bemessen in 45 Prozent, wo Angestellte im Hause Beförderung haben, nur auf eine halbe bis eine Stunde.

Um die Angestellten vor Ueberbürdung zu schützen, eine Schädigung deren Gesundheit zu verhüten und die sociale Wohlfahrt zu fördern, kam die Commission nach reiflicher Erwägung und unter Berücksichtigung der Existenzbedingungen der Unternehmer zu dem Ergebnis, daß ein einheitlicher Geschäftsabschluss wohl durchführbar sei. Die Commission empfahl einstimmig den Geschäftsabschluss um 8 Uhr Abends. In den Kreisen der Angestellten wurde dieser Beschluß freudig begrüßt, auch erklärten sich Corporationen, Handelskammern, sowie wohlmeinende Unternehmer hiermit einverstanden. Nicht einverstanden ist der Kleinbetrieb, dessen Vertreter alles aufbieten, um die Beschlüsse der Commission zu hintertreiben. In einem Aufsatz des „Export“ wird behauptet, daß der Kleinbetrieb social und nationalökonomisch nützlich ist, und Herr Bogts (Vorstandsmitglied des Vereins Berliner Kaufleute

und Industrieller) schreibt in der „Zukunft“, man solle sich dreimal überlegen, dem Kleinhandel Fesseln anzulegen, ihn zu erschweren und zu belästigen und sein Unterliegen gegenüber der Aufzugsenergie des Großcapitals zu fördern. Wir nehmen einen entgegengesetzten Standpunkt ein. Daß der Kleinbetrieb in heutiger Zeit social und nationalökonomisch nützlich, bestreiten wir, wie auch ohne Einführung des einheitlichen Geschäftschlusses dem Großcapital nichts in dem Wege steht, sich auszubreiten und den Kleinbetrieb aufzufangen. In der Industrie vollzieht sich dieser Proceß mit eigener Nothwendigkeit, und diesem Proceß unterliegt auch Handel und Landwirtschaft. So sehr dieser Proceß Opfer erheischt, so sehr begrüßen wir diese Umwandlung, welche dem arbeitenden Volke nützlich und dessen sociale Wohlfahrt begünstigt. Je kleiner die Betriebe, je ungesunder dieselben, je größer die Ausbeutung der Arbeitskräfte. Die Arbeiter befinden sich in den großen Betrieben wohlher als in den Kleinbetrieben, welche keiner gesetzlichen Controle unterworfen sind.

Nun soll die Einführung eines einheitlichen Ladenschlusses um 8 Uhr um deswillen schädlich sein, weil damit eine Beeinträchtigung des Consums und der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung verbunden ist. So wird ausgeführt, daß die Cigarre, die am Abend nicht geraucht wird, weil sie nicht zu kaufen ist, dem Consum entgangen ist. Wir meinen, die Gelegenheit, sich Verbrauchsgüter anzuschaffen, ist bis 8 Uhr Abends vollaus gegeben. Die Hauptsache wird immer die sein, daß das Volk konsumfähig ist; und hier hapert es. Die Klagen der Geschäftsleute würden sofort verstummen, wenn die Kaufkraft der großen Massen gehoben ist. Das Streben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage sollte deshalb gerade von der Geschäftswelt unterstützt werden. Doch das geschieht nicht. Der Unterstützung werth ist auch das Streben der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit, wodurch die Arbeiter früher als bis bisher in den Stand gesetzt werden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen; die Lohnauszahlung am Freitag erwähnen wir nur nebenbei. Wenn schließlich ausgeführt wird, daß die Lage der Gewerbetreibenden eine traurige ist, nach den Gewerbesteuerrollen bereits heute 441,000 Gewerbetreibende in Preußen steuerfrei sind, allein 805,280 der untersten Steuerklasse angehören, so kann uns dieser Hinweis nicht davon abhalten, für den einheitlichen Geschäftsabschluss einzutreten. Das Interesse der im Handelsgewerbe angestellten Personen liegt uns näher als das Interesse jener Existenzen, welche durch die Wucht ökonomischer Gesetze früher oder später dennoch dem Untergange geweiht sind. Die Gewerbetreibenden, welche zur socialdemokratischen Erkenntnis sich aufgeschwungen, sind mit uns einig; und diejenigen, welche durch allerlei Versprechungen sich den Forderungen der Arbeiter verschließen, werden früher oder später zur Erkenntnis kommen, daß für die Besserung der Lage der kleineren Gewerbetreibenden kein Kraut gewachsen ist. Die Einführung eines einheitlichen Geschäftschlusses ist so wenig ein Mittel, den Untergang des Kleingewerbes zu beschleunigen, wie dessen Verwerfung den Untergang des Kleingewerbes aufhalten kann. Die Erfüllung dieser Forderung gebietet die

einfachste Menschenpflicht, und sie wird den beteiligten Kreisen nur zum Vortheil gereichen.

In seinem Aufsatz läßt Herr Bogts die Selbständigen Gewerbetreibenden als Sturmbod gegen die Socialdemokratie erscheinen; dieser „haltbaren und der Socialdemokratie gegenüber widerstandsfähigsten Schicht durch Einführung eines einheitlichen Geschäftschlusses den Boden unter den Füßen wegzuziehen, sollte man sich wohl hüten.“ Es wird endlich gedrückt, daß nach Einführung eines einheitlichen Geschäftschlusses das Heer der Unzufriedenen vermehrt und neue Massen in das Lager der Socialdemokraten getrieben werden. Leere Redensarten. Es wird sich ja in Hälde zeigen, ob die Reichsregierung den Wünschen Tausender und Abertausender im Handelsgewerbe angestellten Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, oder den Wünschen Weniger Rechnung tragen wird, die die Profitgier davon abhält, mit ihren Mitmenschen menschenwürdige Zustände zu erstreben, die beiden Theilen nützlich und für die Consumumenten nicht schädlich sind. Die Nichterfüllung der berechtigten Forderungen der Handlungsgehilfen und deren Principale ist eher angethan die Zahl der Unzufriedenen zu mehren und so dem socialdemokratischen Lager zuzuführen. Von den beiden „Uebeln“ hat die Reichsregierung eines zu erwähnen. Welches sie aber auch immer ergreifen mag, der Socialdemokratie wird die Einführung eines einheitlichen Geschäftschlusses oder dessen Ablehnung zum Vortheil gereichen.

Politische Rundschau.

Berlin, den 8. Februar.

Aus dem Reichstage. Es hätte nicht viel gefehlt, und auch heute wäre es nicht zur Besprechung der wichtigen Initiativeanträge gekommen, die wegen der Debatte über das Bürgerliche Gesetzbuch nicht, wie es sonst nöthig ist, schon am Mittwoch, dem eigentlichen Schwerinstage, zur Erledigung kamen. Reichskanzler Fürst Hohenlohe gab nämlich vor Eintritt in die Tagesordnung die angekündigte Erklärung der Regierung über die Währungsfrage ab, und die Rechte hatte nicht übel Lust, eine große bimetallicische Debatte daran zu knüpfen. Das Vergnügen, einen weiteren Tag der Erörterung agrarischer Dinge zu widmen, wurde den Herren aber durch den Widerspruch unseres Genossen Singer genommen. Erörterungen im Anschluß an die Erklärung eines Regierungsvertreters vor Eintritt in die Tagesordnung sind nämlich geschäftsordnungsmäßig nur dann zulässig, wenn von keiner Seite widersprochen wird. So müssen sich die Bimetallicisten bis Dienstag oder Mittwoch in Geduld fassen. Erst dann können sie über den Beschluß des Bundesraths quittieren, der die Einberufung einer internationalen Währungsconferenz wegen der Ausichtslosigkeit des Unternehmens abgelehnt hat. Damit ist denn auch das zweite der „großen Mittel“ gescheitert, mit denen die Agitatoren des Bundes der Landwirthe haustren gehen. Die dritte Lesung des Reichstages Antrages auf größere Sicherung des Wahlgeheimnisses nahm längere Zeit in Anspruch, als sich erwarten ließ. Graf Mirbach jüchelte nämlich das Bedürfnis, seine berühmte Herrenhausrede gegen das allgemeine Wahlrecht etwas abzumildern und vor allem seine Staatsstreichegüste, die sich

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

60 | Radbruch verboten.

Der leichte Schritt entfernte sich wieder, kam aber nach einigen Sekunden zurück.

„Wenn Sie nicht öffnen wollen,“ sagte Georges, „erbrechen wir die Thür.“

Er rüttelte an dem kupfernen Thürhantel und stieß langsam mit der Schulter an die Thür. Keine Antwort erfolgte. Nützlich gab er der Thür einen so kräftigen und starken Stoß, daß das alte Schloß der Garniwohnung aufsprang. Die Schrauben sprangen aus dem Holz, und der junge Mann wäre beinahe auf Madeleine gefallen, die, ein Licht in der Hand, im Vorzimmer stand.

„Sie ist es, wir haben sie!“ rief er und stürzte ins Zimmer. Der Polizeicommissar nahm seinen Hut ab und folgte ihm. Bestürzt kam die junge Frau hinter ihnen her und leuchtete.

Im Wohnzimmer zeigte der nicht abgedeckte Tisch die Ueberreste eines Mahles: leere Champagnerflaschen, eine offene Gänseleberterrine, ein Geflügelgerippe und eine angebrannte Brotschnitte. Auf einem Seitentischchen lagen Haufen Austernschalen in zwei Schüffeln.

Eine Schale voll Theegebäd, eine Flasche Chartreuse und zwei halbgefüllte Liqueurgläschen standen auf dem Kaminsims. Die Broncefigur der Standuhr war durch einen großen Männerhut verdeckt.

Der Polizeicommissar drehte sich rasch um und sah Madeleine scharf an:

„Sie sind doch Frau Clara Madeleine Du Roy, rechtmäßige Gattin des Journalisten Herrn Prosper Georges Du Roy, der hier zugegen ist?“

„Ja,“ erwiderte sie mit gepreßter Stimme.

„Was thun Sie hier?“

Sie gab keine Antwort.

„Was thun Sie hier?“ fragte der Beamte noch einmal.

„Ich finde Sie in fremdem Hause in einer möblirten Wohnung. . . Was hatten Sie hier zu suchen?“

Er wartete einige Augenblicke. Als sie noch immer schwieg, sagte er: „Wenn Sie nicht gestehen wollen, muß ich das Weitere feststellen.“

Der Beamte trat ins nächste Zimmer und rief: „Wer ist hier?“

Alles blieb still. Du Roy sprang hinzu und zog einen Menschen hinter der Thür hervor. Das bleiche Gesicht Larocque-Mathieu's tauchte auf. Der Journalist stürzte sich auf ihn, als wenn er ihn am Hals packen und erdroßeln wollte.

„Haben Sie wenigstens den Muth Ihrer Gemeinheit!“

„Wer sind Sie?“ fragte der Beamte wieder.

Der bestürzte Mann schwieg.

„Ich bin Polizeicommissar und fordere Sie auf, mir Ihren Namen zu nennen!“

„Antworten Sie doch, Sie Feigling!“ schrie Georges vor thierischer Wuth zitternd, „oder ich nenne ihn sonst.“

„Herr Polizeicommissar,“ flötete der Mann, „Sie dürfen mich von diesem Individuum da nicht beleidigen lassen. Habe ich mit Ihnen oder ihm zu thun? Muß ich Ihnen oder ihm Rede stehen?“

„Sie sprachen, als wenn er keinen Speichel mehr im Munde hätte.“

„Wir haben Sie zu antworten,“ erwiderte der Beamte, „mir allein. Ich frage Sie also, wer Sie sind?“

Der Mann schwieg noch immer. Seine kleinen, nach oben gestrichenen Schnurrbartspitzen sahen schwarz in seinem bleichen Gesicht aus.

„Wollen Sie nicht antworten?“ fuhr der Beamte fort. „Dann muß ich Sie verhaften.“

Madeleine hatte inzwischen ihre Kaltblütigkeit wieder angenommen. Sie sah, daß alles verloren war und scheute sich nicht, alles zu wagen. Höhnischer Trost leuchtete aus ihren Augen, sie kniffte einer Fiddibus und begann wie zu einem feierlichen Empfange die zehn Kerzen anzuzünden, die in zwei häßlichen Randalabern in den Ecken des Kaminstübes standen. Dann lehnte sie sich an den Marmor des Kamins, wärmte ihre Füße an dem verlöschenden Feuer, nahm eine Cigarette aus einer rosa Papierschachtel, zündete sie an und begann zu rauchen.

Der Commissar war an sie herangetreten und warierte dort, ob ihr Complice sich eines Besseren besinnen würde.

„Treiben Sie sich so ein Handwerk?“ fragte sie frech.

„So wenig als möglich,“ versetzte er ernst.

Sie lachte ihm ins Gesicht. „Viel Glück dazu! Sauber ist es nicht!“

Sie that so, als sähe sie ihren Gatten gar nicht.

Der Polizeicommissar wendete sich wieder an ihren Genossen. „Wollen Sie mir jetzt sagen, wie Sie heißen?“

Wieder keine Antwort.

„Dann bin ich gezwungen, Sie zu verhaften.“

Da schrie der Mann plötzlich: „Führen Sie mich nicht an! Ich bin unverletzlich!“

Du Roy stürzte auf ihn zu, als wollte er ihn zu Boden schlagen und schnaute ihn an:

„Sie sind in flagranti ertappt. . . in flagranti. . . Ich kann Sie auf der Stelle verhaften lassen, wenn ich will; ja ich kann.“

Und mit schwingender Stimme fügte er hinzu: „Der Mensch hier heißt Larocque-Mathieu und ist Minister der auswärtigen Angelegenheiten!“

Der Polizeicommissar trat höchst erschauert zurück und flötete: „Sind Sie es wirklich?“

Der Mann entschlöß sich und sagte mit Anstrengung:

hierauf so offen gezeigt hatten, nachträglich abzuschwören. Viel Erfolg hatte er damit nicht. Weber die Redner des Centrum, Bachem und Pieber, noch der Antisemit Hindewald und der Führer der freisinnigen Vereinigung, Nicker, brachten seiner Erklärung besondere Vertrauen entgegen. Unser Genosse Kurt Koppe dem Professor Eberhardt gehörig auf die Finger, dann wurde der Kaiserliche Antrag von allen Parteien des Reichstags mit Ausnahme der Conservativen angenommen. — Die Diskussion über den Antrag unserer Fraktion auf Schaffung eines freien einheitlichen Vereinsrechtes wurde heute nicht zu Ende geführt. Sie brachte eine Rede des freisinnigen Rechtsanwalts Träger für einen Antrag seiner Fraktion, der das übliche freisinnige Wasser in unsern Wein gießt. Herr Bachem wünschte Namens seiner Partei ein gemeinsames deutsches Vereinsrecht, hielt aber wie im Vorjahr den Kaiserlichen Antrag für inopportun. Im Uebrigen fand er scharfe Worte gegen die Bismarckische Gesetz- und Gewaltpolitik und stellte sich damit in anerkanntem Gegenstand zu einer kasselligen Capuzinade des Herrn Schall. — Den Schluß bildete eine treffliche Rede unseres Gen. Buch gegen das Ausnahmerecht, das in den Reichslanden gilt.

— Die Aufkündigung der neuen Marine-Vorlage für nächstes Jahr bedeutet eine Warnung an die deutschen Wähler. Es handelt sich bei dem sogenannten „Flottenplan“ nicht um hunderte, sondern um tausende von Millionen, und das Ziel ist: den auf dem Lande allmächtigen Militarismus auch auf die See auszudehnen. Nun hat der Militarismus zu Lande uns schon an den Rand des Ruins gebracht — würde er auch auf die See ausgebeugt, so wäre das der sichere Ruin. Das weiß die Majorität des deutschen Reichstags. Und darum hat die Regierung die neue Vorlage nicht für dieses Jahr angekündigt, sondern für das nächste. Wie die Dinge jetzt stehen, wäre eine Auflösung des Reichstags hoffnungslos — die feindliche Majorität würde durch Neuwahlen nur gestärkt werden. Allein im Laufe eines Jahres hofft man, durch eine systematische chauvinistisch-reactionäre Agitation einer- und durch Mundblutmachung der Oppositionspresse, namentlich der socialdemokratischen, andererseits, für nächstes Jahr günstigere Wahlen vorbereiten zu können. Gelingt der Streich, gelingt es der chauvinistischen Reaction, einen für ihre Zwecke geeigneten Reichstag zusammenzubringen, dann beirät sie sich auch nicht mit dem geplanten finanziellen Nothwehrüberlaß, dann geht sie auch, um sich gegen einen Rückschlag der Volkseinsamung zu sichern, dem allgemeinen Wahlrecht zu Leibe. Es ist die einfache Logik der Thatsachen, die hierzu zwingt. Das sächsische Wahlrechts-Attentat ist nur der Anfang, nur das dünne Ende des Keils. Der Keil wird tiefer eingetrieben, und das Reichs-Wahlgesetz, welches der chauvinistischen Reaction den Weg zu ihren letzten Zielen verarmt, wird gesprengt, umgekehrt. Die deutschen Wähler sind rechtzeitig gewarnt. Weisblutung des Volkes für colonialpolitische Hirngespinnste und Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts, das ist, was uns mit dieser Ankündigung in Aussicht gestellt ist. Die deutschen Wähler werden auf der Hut sein und die richtige Antwort geben.

— Der erste Angriff Stöckers auf die Conservativen ist nunmehr erfolgt. Aus Berlin wird berichtet: Vor 3000 Personen sprach Freitag Abend in der Tonhalle Stöcker über die Trennung der Christlich-Socialen von den Conservativen. Es waren neben Anhängern dieser beiden Parteien sehr viele Neugierige anwesend, auch waren in den Logen Landtags- und Reichstags-Abgeordnete der verschiedenen Fraktionen. Nach längerer Einleitung, in der Stöcker seinen Stimm-Ausdruck verließ über die nothwendig gewordene Trennung von seinen langjährigen Parteigenossen, kam er auf die inneren Gründe zu sprechen, die das letzte Zusammengehen der Christlich-Socialen mit den Conservativen un-

möglich machten. Er besprach die Vorgänge, die seit dem Erscheinen des verhängnisvollen Schletterhausbriefes in der conservativen Parteileitung sich abgespielt hatten, auf das Eingehendste. Die ihm zugewandte Unterzeichnung jener gegen das „Volk“ gerichteten Erklärung am 1. Februar hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Das Programm für die neue einzuschlagende Richtung hat er in drei Sätzen zusammengefaßt, die er vor der letzten Sitzung des Elferauschusses ausgearbeitet hatte. Angesichts der Abneigung der Conservativen für sociale Reformen müßte die neue unabhängige christlich-social Partei dem Arbeiter zu einer höheren socialen und politischen Lebensstellung zu verhelfen suchen. Die Christlich-Socialen müßten ferner zu einer von dem heute herrschenden Byzantismus total verschiedenen Stellung gebracht werden, und endlich müsse in Ernst der Versuch gemacht werden, die Socialdemokratie zu versöhnen und sie durch die Agitation in der christlich-socialen Gruppe für die eigene Sache zu gewinnen. Nachdem Stöcker seine zweistündige Rede beendet, nahm der Chefredacteur des „Volk“ das Wort, um die Tendenz des Vortrages gegen die Angriffe des Elfer-Auschusses zu vertheidigen. Redner bestätigte Stöcker, daß dieser niemals die Redaction des „Volk“ in ihren Kritiken beeinflusst habe. Redacteur v. Gerlach verlas sodann ein eben eingetroffenes Schreiben des Geh. Rath's Professor Wagner, der sich wegen seines Nichterscheinens mit seiner Stellung als Rector der Universität Berlin entschuldigt. Professor Wagner betont in dem Briefe, daß er durchaus auf dem Standpunkte der christlich-socialen Partei stehe. Er hoffe, daß sich die Partei mehr den Jungen unter Pastor Naumann anschließen werde, die trotz mancher Bedenken doch den Leuten von der „Parole Sturm“ vorzuziehen seien. Nach einem Schlussworte Stöckers schloß die Versammlung gegen Mitternacht.

— Den Austritt Stöckers aus der conservativen Partei bespricht Pfarrer Naumann in seiner „Hilfe“ folgendermaßen:

Stöcker gehört also nicht mehr zur conservativen Partei. Endlich! Gut ist es, daß nun wenigstens das falsche Verhältniß von conservativ und christlich-social fertig ist. Ihr könnt nicht conservativ sein und christlich-social! Was Stöcker weiterhin thun wird, wissen wir in der Stunde, wo die letzten Seiten zur „Hilfe“ geschrieben werden, noch nicht. Wir vermuthen, daß er eine selbständige conservativ-christlich-social Gruppe bilden wird, hielten es aber für besser, wenn gleich jetzt der Zusammenbruch aller christlich-socialen erfolgen würde. Was wird wohl der „Reichsdör“ sagen? Er sitzt nun an der Spitze der Conservativen, und dieselben Elemente, die erst uns und dann Stöcker abgejuchelt haben, werden nun nach ihm in den tiefen Abgrund zu stoßen suchen, wo sich alles das sammelt, was socialer Neigungen verdächtig ist.

Der Stöcker wird trotzdem mit Pfarrer Naumann, einem Manne, der es offenbar ehrlich meint mit seiner christlich-socialen Genossenschaft, noch lange nicht an einem Strange ziehen.

— Dr. Kropatschek ist zum Chefredacteur der „Arbeiter-Zeitung“ ernannt worden. Die Junker haben also unter den Leuten, mit denen sie bessere Erfahrungen zu machen hoffen wie mit den Herren Rathhaus und Hammerstein, niemanden mehr, der fähig wäre, ihre Interessen mit der Feder zu vertreten. Sie müssen zu gewöhnlichen Bürgern greifen.

— Das Recht der freien Meinungsäußerung steht zwar auf dem Boden der preussischen Verfassung; aber in der Praxis — ja, Bauer, das ist ganz anders. Jetzt ist kein Mann mehr, der ein Volksschullehrer in Oberhavel das Recht seiner politischen Meinungsäußerung zu vertritt. Der Mann bekannte sich in Wort und Schrift zur deutschen Reichspartei. Seine ganze Arbeit war an den Verhandlungen des letzten Reichstages in Frankfurt a. M. geknüpft zur Kenntniss der verschiedenen Parteien. Die Regierung zu Düsseldorf sah sich genöthigt, eine Untersuchung anzustellen, deren Ergebnis eine Disziplinarstrafe von Mark 50 war. Auf Veranlassung des Reichstages ist nun diese Strafe aufgehoben und bei vor-

läufiger Suspension und Herabsetzung auf halbes Gehalt das Disciplinar-Verfahren auf Amtsentsetzung eingeleitet worden. Damit hat die Angelegenheit für den Lehrer eine immerhin bebenliche Wendung genommen, was in den Kreisen der dortigen Volksschullehrer schmerzlich mitempfunden wird. „Sein politisches Verhalten ist zwar von seinen Berufsgenossen stets scharf verurtheilt worden, doch erfreut er sich als Colleague der Sympathie vieler“, sagt die „Königliche Zeitung“. „Auch darf wohl angenommen werden, daß er sich bei seinem bedauerlichen Auftreten von keinem unlauteren Beweggrund hat leiten lassen, auch gilt seine monarchische Gesinnung für unzweifelhaft. Wenn man dabei berücksichtigt, daß er selbst zu der Einsicht gekommen ist, nicht immer die ihm durch sein Amt gezogenen Grenzen innehalten zu haben (???) Red.) und daß ein correctes Verhalten in Zukunft wohl erwartet werden darf, wenn man vor Allem seiner anscheinend unheilbar leidenden Frau und vier unverfögten Kinder gedenkt, so kann man wohl verstehen, daß gar Viele den aufrichtigen Wunsch und auch die leise Hoffnung (die Optimisten! Red.) hegen, das Disciplinarverfahren werde in Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse einen Ausgang nehmen, durch welchen die Existenz einer ganzen Familie nicht in Frage gestellt würde.“

— Der Klingelbeutel soll mit ministerieller Genehmigung in Sachsen für die deutsche Flotte geschwungen werden! Wie amtlich bekannt gegeben wird hat auf Ansuchen des Geh. Hofrath's Dr. Wislicenus im Ministerium des Innern die Beauftragung einer öffentlichen Gelbsammlung mittels Aufrufes behufs Vergrößerung der deutschen Flotte für das gesammte Gebiet des Königreichs Sachsen genehmigt. Da können die Flottenfeste zeigen, ob ihre Begeisterung bis ins Portemonnaie reicht.

— Das sächsische Wahlrechts-Attentat. Der Entwurf der Regierung hat in ganz Sachsen einen Sturm der Entrüstung und des Zornes hervorgerufen; und auch im übrigen Deutschland wird, abgesehen von den allerreactionärsten und sehr regierungsfreundlichen Blättern, der Entwurf allgemein aufs Schärffste verurtheilt. Unsere Genossen in Sachsen rüsten sich überall zum Protest und zum Widerstand. Ueberall sind und werden Protestversammlungen einberufen, und der mächtige Petitionssturm gewinnt von Tag zu Tag an Kraft. Man kann mit gutem Recht sagen: Das ganze Volk ist empört über dieses ungeheuerliche Attentat, das ganze Volk ist zur Vertheidigung seiner Rechte, zur Vertheidigung seiner politischen Mündigkeit entschlossen. Und weit über die Arbeiterkreise hinaus geht die Bewegung. Die socialdemokratische Bewegung ist eine Volksbewegung. Das zeigt sich recht deutlich in Sachsen. Mit Ausnahme der politischen Macher der capitalistischen Geschäftspolitik, für die der Staat bloß eine Maschine ist zur Auspressung und Anechtung des Volkes, und mit Ausnahme der Handlanger und Commis dieser Geschäftspolitik, der Wiedermann und Conjosten steht auch ein großer Theil des Bürgerthums gegen den Regierungsentwurf. In Leipzig erklärte eine Versammlung des — socialisirenden — „Waterländischen Vereins“ mit 500 gegen 1 Stimme den Entwurf für unannehmbar. Und zu dem gleichen Ergebnis kam eine allgemeine Mitgliederversammlung des „national-liberalen Vereins“ von Dresden.

Aus den Verhandlungen desselben, an denen sich Commerzienräthe, Pastoren, Rechtsanwälte, Professoren und hohe Beamte beteiligten, haben wir bloß die Rede des Rechtsanwalts Pelschmidt hervor. Er bemerkte, daß auch unter den Conservativen die Meinung über den Werth des Entwurfs getheilt sei. Wie er wisse, habe König Albert einen berühmten Staatsrechtslehrer der Landesuniversität zu Rathe gezogen, ehe er das Decret unterzeichnet habe. Das von demselben abgegebene Gutachten richtete sich auch gegen den Entwurf. Das „Leipziger Tageblatt“, das Centralorgan der

„Ein für alle Mal, der Kampf da hat man gelogen. Ja, du der Minister Paroch-Mathieu.“
 Dann dachte er mit dem Arm nach der Brust des Redacteurs, wo ein kleiner rother Fleck leuchtete und sagte: „Der Schuft trägt noch das Kreuz der Ehre, das ich ihn verleben habe.“
 Der Roy war bleich geworden. Mit ruhiger Gestalt er das rote Band aus dem A. und schloß mit dem A. die Fenster: „Social ist ein Orden, den der von Schwabenschen ihren Namen herührt!“
 Mit geballten Fäusten standen sich die Wächter gegenüber, als wenn sie sich trafen wollten: Der eine mochte, sich legenden Schwärze, der andere hat, der Schwärze, die man ergründet.
 Nach trat der Commisär zwischen sie und sagte: „Mit der Fäuste: „Meine Herren, meine Herren, Sie verstehen sich! Reducieren Sie den Aufwand!“
 Ein Schreier und wachte auf den Boden. Ein Wächter stand noch immer unbeweglich am Rande und rauchte Hahnen ihre Cigarette.
 Der Polizei-Offizier wandte sich an Paroch: „Ich habe Sie hier allein mit Frau Du Roy getroffen. Woher Sie kommen, in welchem Verhältnisse Sie zu ihr stehen?“
 „Ich habe nichts zu sagen“, murmelte Paroch-Mathieu, „aber Sie sind nicht!“
 Der Commisär wandte sich an Wächter: „Gehen Sie zu, daß der Herr Jyr. Sechhaber ist?“
 „Ich lauge es nicht“, erwiderte sie, „er ist mein Nachbar.“
 „Dann macht sich der Beamte einige Notizen über den Zustand, in dem er die Wohnung ergründet. Als er zu dem Schreier fertig war, fragte ihn der Minister, der den Paroch über dem Arm und den Jyr. in der Hand hielt:

„Geben Sie sich noch, was ich noch etwas thun, oder kann ich mich helfen?“
 Der Roy wandte sich zu ihm und lächelte ihm frech ins Gesicht: „Was ist das? Was ist fertig, wir können ja gehen. Sie können hier bleiben. Ich lauge Sie ruhig ab.“
 Er trat hinter die Thür auf den Arm des Polizei-Offiziers und sagte: „Geben Sie mir eine Karte, Herr Commisär, wie oben in dem Ord. Sie sind nicht zu Hause.“
 Ein paß überreichte ihm die Karte: auf der Karte stand: von Frau Georges, wohnen in der Vorangesehen in Berlin. Der Wächter sagte: „Sie sind nicht zu Hause.“
 „Aber Jyr. hat Jyr.“ sagte der Roy beharrlich. „Aber Jyr.“ erwiderte der Commisär. Da verneigte sich der Wächter und sagte in dem Ord. der Polizei-Offizier: „Geben Sie mir eine Karte, Herr Commisär, wie oben in dem Ord. Sie sind nicht zu Hause.“
 „Dann lauge er mit dem Ord. der Polizei-Offizier: „Geben Sie mir eine Karte, Herr Commisär, wie oben in dem Ord. Sie sind nicht zu Hause.“
 Ein Staats-Offizier trat Georges Du Roy in die Re- directionen der „Re-Direction.“
 Der Wächter war bereits da, denn er war vor leitet und überreichte er langhändig seine Zeitung, die eine große Bekanntheit gewonnen hatte und die wachsenden Unter- richtungen eines Verhältnisses bezeugte.
 Der Wächter wandte sich und sagte: „Sie hier? Sie gehen ja so langsam mit. Warum haben Sie denn nicht bei mir gesprochen? Woher kommen Sie denn?“
 Der junge Mann, der den Schwärze seiner Mitteilung über war, erwiderte mit ungeschicklichen Betrug jeder Seite:
 „Ich habe eben den Minister des Innern getroffen!“
 „Woher glauben Sie das?“
 „Schimpf!“
 „Ich erzähle Ihnen Scherzgeschichten. Das weiter!“

Der erlauchte Alte dachte, sein Redacteur sei betrunken. „Sie sind wohl verrückt?“ murmelte er.
 „Daraus nicht. Eben habe ich Herrn Paroch-Mathieu beim Ehebruch mit meiner Frau in flagranti erwischt. Der Polizeicommissar hat alles gesehen. Der Minister ist futsch!“
 Wächter schob Walter seine Beile auf die Stirn und fragte: „Sie machen sich wohl über mich lustig?“
 „Daraus nicht. Ich will vielmehr jetzt selber eine Notiz darüber schreiben.“
 „Aber was beabsichtigen Sie denn?“
 „Den Schuft zu stürzen, den Lumpen, den öffentlichen Uebelthäter!“
 Georges stellte seinen Cylinder auf einen Sessel und fügte hinzu:
 „Gnade Gott allen, die sich mit in den Weg stellen! Ich kenne keine Verzeihung.“
 Dem Director ging erst allmählig das richtige Verständnis auf. „Aber... Ihre Frau?“ flüsterte er.
 „Morgen früh reiche ich die Scheidungsgelage ein. Ich schide sie dem seligen Forester nach.“
 „Schreiben wollen Sie sich lassen?“
 „Zum Teufel auch, ja! Alle Welt lachte schon über mich. Aber ich mußte mich dumm stellen, um sie zu über- raschen. Jetzt hab ich sie. Ich bin Herr der Lage.“
 Herr Walter sagte kein Wort mehr darüber, aber er sah Du Roy sprachlos an und dachte: „Donnerwetter! Mit dem Durschen ist nicht gut Rischen essen!“
 „Nun bin ich froh...“ fuhr Georges fort. „Ich habe ein gewisses Vermögen. Bei den Neuwahlen im October laufe ich mich in meiner Heimath, wo ich gut bekannt bin, anstellen. Mit einer überall anrühigen Frau konnte ich keine Rolle spielen, keine angesehenere Stellung behaupten. Ich war noch grün, als ich in ihre Netze gerieth. Aber sobald ich die Spiel durchschaute, sah ich dem gemeinen Weibe auf die Finger.“
 (Fortsetzung folgt)

reactionären Geschäftspolitik, macht zu diesem Bericht einige hässliche Bemerkungen und führt in Bezug auf den Bericht des Dreiklassen-Wahlgesetzes den jetzigen Bismarck gegen den früheren ins Feld. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß das Gros des sächsischen Bürgerthums von dem Wahlrechts-Attentat nichts wissen will. Der „berühmte Rechtslehrer“ Professor Sohm, der dieser Tage im Reichstag eine so wenig beneidenswerthe Rolle spielte, soll sehr eindringlich vor dem Attentat und dessen Folgen gewarnt haben. Nun — wir waschen unsere Hände in Unschuld. Die Folgen über die Urheber des Attentats! Der Kampf ist entbrannt und wird weiter fortgeführt. Das sächsische Volk wird nicht erliegen, und — gebe der Kampf aus wie er wolle — den Sieg und Erfolg hat die Socialdemokratie.

Italien.

Das italienische Volk wird nicht nur durch immer höhere Steuern und Zölle ausgezogen (ein Decret, das die Einkommenszölle auf Landesproducte, wie Delfamen etc., erhöht, wird jeden Tag erwartet, um den Agrariern die in Aussicht genommene Steuererhöhung von 20 Procent verbaulich zu machen), es wird auch auf unverschämte Weise belogen. Was die Regierung an Verbreitung falscher Nachrichten über Absichten und Vorgänge in Afrika leistet, mag als Unglaublich und ungünstigen Stand der Dinge in Afrika handelte es sich für verzipt darum, seinen wackelnden Thron durch Lügen zu stützen. Die gemeldeten ungeheuren Verluste der Spanier bei den Angriffen auf Makale werden jetzt auf das richtige Maß zurückgeführt; die Befreiung Gallianos wird als eine große That in alle Welt telegraphisch und reducirt sich auf ein Geldgeschäft. Den halb verdurfteten 1400 Mann Besatzung mit Zurücklassung wurde ein Tauschwerth von zwei Millionen Franken beigelegt, Baratrier wollte oder konnte nur 1 1/2 Million zahlen, deshalb behielt der „verrückte“ Menelik 10 Offiziere als Geiseln zurück.

Frankreich.

Ueber die großen Eisenbahncanale schreibt man der „N. V.“: Die Kammerdebatte über den Bericht der Untersuchungskommission in Sachen der 1883er Verträge mit den Eisenbahngesellschaften (Orleans und Midi) dauerte zwei Tage. Die beiden Sitzungen waren fast ausschließlich mit einer großen, sachkundigen und beweiskräftigen Rede des Genossen Rouanet ausgefüllt. Zunächst einige Worte über den Gegenstand der Debatte. Die Untersuchungskommission war Anfang des vorigen Jahres auf Antrag des Genossen Millerand ernannt worden, um zu untersuchen, ob nicht der ehemalige Minister der öffentlichen Arbeiten, Raynal, als Urheber der Verträge unter Anklage zu stellen sei. Es ist das Kammervotum, welches den Sturz des Ministeriums Dupuy und den darauffolgenden Rücktritt des mit Raynal befreundeten Präsidenten Casimir Périer zur Folge hatte. Die Bedeutung des Kammervotums wurde noch dadurch erhöht, daß kurz vorher der Minister der öffentlichen Arbeiten im Cabinet Dupuy, Barthou in Folge der vom Staatsrath auf Grund der Raynal'schen Verträge zu Gunsten der Eisenbahngesellschaften getroffenen Entscheidung, wonach die Staatsgarantie den Gesellschaften nicht bis 1914, sondern bis 1956 zu zahlen wäre, seine Demission eingebracht hatte. Man durfte also diesmal, trotz aller gemäßigten Erfahrungen, von der Commission eine gründliche und unparteiische Untersuchungsarbeit erwarten. Was geschah! Der Commissionsbericht wußt nicht nur Raynal rein, sondern verandert sich auch in eine Apologie der argersuchten Verträge, die dem Staate, von allem Anderen abgesehen, gemäß der erwähnten Entscheidung des Staatsrathes, einen Verlust von mehr als einer Milliarde Franken verursachen. . . . Geht auf ein überaus reiches Thatsachen- und Zahlenmaterial weiß Rouanet dreierlei nach: 1. daß die Untersuchungskommission vor Anfang an die Reinwaschung Raynals beschlossen habe; 2. daß die Verträge in jeder Beziehung eine wahre Brandstiftung des Staates durch die Eisenbahngesellschaften darstellen, und 3. daß die Eisenbahngesellschaften die Verträge durch moralisch unerlaubte Manöver, unter Anderem durch eine gut bezahlte Presscampagne zu Stande gebracht hätten. Letzterer Punkt verdient eine eingehendere Besprechung. Der „Gewissenslauf“ wurde im Großen betrieben. Die Gesellschaften hatten zu diesem Zweck ein Cartell geschlossen und einen einzigen Besetzungsgenossen mit der Arbeit betraut. Rouanet deutet namlich auf die zwei „angesehenen“ Ordnungsbücher an, der „Tempe“ und die „Debats“, die je 72.000 Franken eingebracht hätten. Daß übrigens die moralischen Begriffe der capitalistischen Kreise der hausbackenen Moral diametral entgegengesetzt sind, zeigt die vor der Commission gemachte Aussage des gegenwärtigen Besetzungsgenossen der Eisenbahngesellschaften, Carlier, der die Presse in zwei Kategorien theilt: die „honette“ Presse, welche von ihm Geld annimmt, und die „börsige“ Presse, welche sich nicht bestechen läßt. . . . Der Commissionsbericht giebt die „Prekisten“ der Gesellschaften während des dem Abschluß der Verträge vorausgehenden Jahres auf über 400.000 Franken an. Rouanet fragt nun, auf welche Weise die Commission zu diesem Betrag gekommen sei, der offenbar als allzu niedrig betrachtet werden müsse, indem der „Tempe“ und die „Debats“ allein 144.000 Franken eingebracht hätten. Der Berichtstatter verpricht sofort, die Rechnung auf der Bühne vorzulesen. Zum Schluß führt Rouanet die unerschütterliche Thatsache an, daß Rouvier in seinem Berichte über den Vertrag mit der Orleans-Gesellschaft, einem Berichte, der der Kammer die Annahme des Vertrages empfahl, sich hauptsächlich auf eine in den Bureau der Gesellschaft verfaßte Interpretation des Vertrages stützte! . . . Und zwar bildete diese in den Bericht vollständig aufgenommenen Interpretation fast die

hälfte des gesammten Berichts. Rouvier erklärt sofort, das Schriftstück von Raynal erhalten zu haben. Auf frischer That ertrappt, muß dieser die Verantwortlichkeit für den Streich übernehmen, was er übrigens mit einem eifertigen Epithetum thut. Rouanet faßt seine wichtige Rede in die wie Peitschenhiebe knallenden Worte zusammen: „Die Commission schlägt Euch vor, ein Unschuldszeugniß auszusprechen Denjenigen, die unter anormalen Bedingungen durch Mittel, die ich als betrügerisch erachte, durch Nichtverletzung, Bestechung und Mogelei, das Land der Macht der Eisenbahngesellschaften ausgeliefert haben . . .“

Amerika.

Ueber die Lage der amerikanischen Arbeiter veröffentlicht Debs, der Führer im großen Eisenbahnstreik, einen bemerkenswerthen Artikel, in dem er u. A. darauf hinweist, daß nicht weniger als 19 1/2 Millionen Acres öffentlichen Landes den Eisenbahngesellschaften überantwortet sind, sodas diese letzteren einen bedeutenden Einfluß auf die Industrie im Bereich ihrer Linien üben können. Nicht minder interessant ist die von Debs veröffentlichte Liste von englischen Aristokraten und Syndikaten, die in den Vereinigten Staaten, und zwar in den begünstigsten Theilen derselben, rund 24 Millionen Acres besitzen. Der Marquis von Tweedale hat 1 1/2 Millionen Acres davon erworben, der Herzog von Sutherland etwa 1/2 Millionen Acres. Der Besitz der Herzöge von Northumberland, Devonshire, Bedford und Cleveland, sowie des Lord Dunmore schwant je zwischen 120.000 und 190.000 Acres, andere Grafen und Herzöge besitzen je durchschnittlich 50.000 Acres. Außerdem haben noch zahlreiche andere Fremde ungeheure Territorien in Texas, Kalifornien und Neu-Mexiko erworben. Diesem Umstand schreibt Debs zum großen Theil die ungünstige Lage des amerikanischen Arbeiters zu und plaidirt in dessen Interesse für eine durchgreifende Bodenreform. Öffentlich wird Debs nicht etwa nur eine zweite Auflage der Henry George-Bewegung in Scene zu setzen suchen, sondern auch den anderen Ursachen der schlechten Lage der Arbeiter nachforschen. Da wird er dann auf den Urquell des Übels, den Capitalismus jeder Form, stoßen.

Zu welchen Consequenzen die Politik des Stimmensfangs führen kann, wie sie besonders in den Vereinigten Staaten ausgebildet ist, das sage Folgendes Lehren. Mitte Januar ist im Staate New-York ein Gesetz in Kraft getreten, das seines Gleichen nicht haben dürfte. Nach diesem sogenannten „Linsworth-Gesetz“ muß nämlich in allen Volksschulen den Kindern gelehrt werden, daß Bier, Wein, Schnaps und Tabak giftige Dinge seien, daß die Muskeln dadurch verflöhrt würden und daß alle Leute, die diesen Genüssen fröhnen, unmoralisch seien. Wenn der Vater eines Kindes, dem solches gelehrt wird, Bier trinkt und raucht, so stempelt ihn die Schule in den Augen des eigenen Kindes als unmoralischen Menschen! Später wird den Kindern noch gelehrt, wie Schnaps gebrannt und Bier gebraut wird. Republikaner haben dem Staat dies verrückte Gesetz aufgebürdet in dem Bestreben, die Temperenzler zu gewinnen. Mit deren Hilfe hoffen sie sich dann gegen die Demokraten zu halten. Uebrigens sind Letztere in ihren politischen Mitteln ebenso wenig wahlertüchtig.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Am 13. December v. J. wurde bekanntlich der Redacteur Stoffers von der demokratischen „Düsseldorfer Bürgerzeitung“ zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch einen Artikel „Ein offenes Wort an den Kaiser“. Wegen desselben Artikels war gegen den Redacteur Kost von der „Münchener Freien Press“ Anklage erhoben worden. Diese Anklage ist niedergeschlagen worden mit der Begründung, daß der Artikel im Sinne der Anklage als Angriff auf die Ehre Sr. Majestät des Kaisers nicht aufgefaßt werden kann, da er in seinem Zusammenhang betrachtet, sich nur gegen die Rathgeber des Kaisers richtet und eine Aenderung der strafrechtlichen Bestimmungen über Majestätsbeleidigung in Vorschlag bringt, um für jene Fälle, in welchen der Kaiser, entgegen dem bisherigen Gebrauch, persönlich in den politischen Tage Kampf eingreift, den durch diesen Einritt Betroffenen angefaßt der vermuthlichen Bestimmung über Majestätsbeleidigung die Abwehr nicht unmöglich zu machen.“ In Düsseldorf 6 Monate, in München Einstellung des Verfahrens! Wie steht es um die deutsche Rechtsprechung?

Arbeiterbewegung.

Die Bewegung in der Confections-Industrie.

Magdeburg. Die Magdeburger „Volksstimme“ schreibt: Die Schneider und Schneiderinnen Magdeburgs haben es abgelehnt, in einen Streik zu Gunsten der Einführung von Betriebswerkstätten einzutreten. Die Vorbedingung eines Kampfes ist das Meinen der Kräfte. Und diese Kräfte sind in Magdeburg für zu schwach befunden worden. Es wurde festgestellt, daß gerade die dem Zwischennormenmenschen unterworfenen Hausarbeiter völlig unorganisiert, den trefflichen Organisationsbestrebungen der organisierten Klassengenossen sich ferngehalten haben. Als Kampftruppe blieb also übrig die geringe Zahl der annoch organisierten Schneider und Schneiderinnen. Wenn auch Muth und Kampfeslust diese kleine Schaar befeuerte, wenn sie auch den festen Willen zeigte, für ihre Klassenangelegenheiten menschenwürdige Zustände zu erkämpfen, die Seidenweberei die Thronen stützen wollte, die bei harter, jammervoll bezahlter Arbeit so reichlich fließen, so mußte sie dennoch auf die Kraftprobe verzichten, obgleich die Sympathie aller Klassenbewußten Arbeiter ihr zur Seite stand. Die organisierte Arbeiterschaft war sich klar, daß sie, nachdem die Gesetzgebung die Wünsche der Arbeiter vorläufig unberücksichtigt gelassen, die Hausindustrie noch nicht der Gewerbe-Inspection unterstellt, diese eminent wichtige Forderung, die zugleich eine hohe culturale Bedeutung hat, zu erkämpfen hatte. Nach Prüfung dieser Sachlage und nach sorg-

fältigem Abwägen des Für und Wider kamen die Schneider und Schneiderinnen zu der Erkenntniß, von einem Streik abzurathen und es wurde als hohe Aufgabe der politischen Partei erachtet, auf dem Wege der Gesetzgebung die Forderungen der Arbeiter der Confectionsbranche zu erkämpfen. Haben die Schneider und Schneiderinnen Magdeburgs es abgelehnt, selbstständig in einen Lohnkampf einzutreten, so werden sie doch mit Stolz auf die Bewegung anderer Orte blicken und sich geloben, den kämpfenden Genossen beizustehen und sie thätkräftig zu unterstützen.

Erfurt, 6. Februar. Am Montag lagte hier eine importante, von 2000 Personen besuchte Volksversammlung, die einstimmig sich auf die Seite der Confections-Arbeiter stellte. Am Mittwoch lehnten die Zwischenmeister die Verhandlungen mit den Arbeiterinnen ab und verweigerten dem Vertrauensmann der Schneider und Schneiderinnen Gehör. Heute, Donnerstag, berathen die Confectionsfirmen unter sich. Morgen, Freitag, wird in Anwesenheit des Gewerberathes ein letzter Einigungsversuch unter folgenden Bedingungen gemacht werden: Anerkennung von Einrichtung der Betriebswerkstätten, die theilweise sofort zu gründen sind. Einigung über den Lohnstarif und Anerkennung derselben für die vorhandenen und einzurichtenden Betriebswerkstätten. Werden die Forderungen nicht bewilligt, so soll eventuell ein Streik proclamirt werden.

Eisenach. Die Collegen Eisenachs erklären mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf der Confectionsarbeiter zu unterstützen, und energisch für die aufgestellten Forderungen einzutreten.

Frankfurt a. M., 6. Februar. Die Bewegung der Confections-Arbeiter hat in Speyer, Worms, Taunus, Speyer, hauptsächlich in Aschaffenburg in den letzten acht Tagen bedeutende Ausdehnung gewonnen. College Klotz aus Nürnberg, der die Aufgabe hat, die dortige Bewegung zu leiten, hat seit 18. Januar im ganzen 13 Versammlungen abgehalten. Ueberall war der Beifall ein guter und die Begeisterung für die berechtigste Forderung eine große. Am stärksten ist die Bewegung in Aschaffenburg und Umgebung, wo aber auch die erbärmlichsten Zustände vorhanden sind. In Aschaffenburg selbst haben bis jetzt 2 Versammlungen stattgefunden. Die ultramontane Presse eifert mit aller Macht gegen die Besetzungen der Confectionsarbeiter. Dagegen stehen die Behörden der Bewegung sympathisch gegenüber.

München. Eine öffentliche Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung tagte am Montag Abend und nahm nach dem eingehenden Referat Wagners folgende Resolution an:

„Die heut im „Kreuzbräu“ tagende öffentliche Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung kommt nach Entgegennahme der Berichte über die Stellungnahme der Confections-Geschäftsinhaber zu unserem Lohnstarif und zu der Forderung der Errichtung von Betriebswerkstätten zu folgendem Beschluß: In dem sich die hiesigen Confectionäre unseren gerechten Forderungen gegenüber so ablehnend verhalten, einzelne sogar dieselben grob und beleidigend zurückgewiesen haben, sind wir gezwungen, an das gesammte consumirende Publikum Münchens zu appelliren. Wir beauftragen unsere Gewerkschaftsdelegirten, diese wichtige Angelegenheit im Gewerkschaftsverein vorzubringen und eine geeignete Stellungnahme dort zu veranlassen. Die Versammlung erklärt sich im ferneren solidarisch mit der Bewegung in allen Städten Deutschlands, sie beauftragt die Agitations-Commission mit dem Gewerkschaftsverein die Schritte zum weiteren Vorgehen zu prüfen.“

Augsburg. Die Bewegung ist gut im Fluß. Die Firma Oppenheimer hat Werkstätten eingerichtet, will auch Maschinen einführen, hat denselben jedoch zu niedrig gestellt. In einer zum Donnerstag aberaumten gemeinschaftlichen Sitzung wird mit den Unternehmern über die aufgestellten Forderungen und die ihnen zugesetzten Lohnstarife conferirt. Das Resultat theilen wir mit.

In Kassel haben die Arbeiter der Marmorfabrik von Rupp u. Möller die Arbeit niedergelegt. Der Streik ist ein von der Firma provocirt.

Der Streik der Salzschiffer auf dem Neckar ist beendet. Durch ihre Einigkeit haben sie eine Lohnerhöhung erzielt.

Sociale Uebersticht.

Das Gekrenz vrmehrter Arbeitslosigkeit droht den Maschinenbauern. Die bürgerlichen Blätter schreiben: Eine interessante Neuerung wird demnächst im Hamburg-er Hafen ihren Eingang halten, nämlich ein schwimmender pneumatischer Getreideheber, mit dessen Hilfe es ermöglicht wird, 120 Tons Getreide in der Stunde aus Sedampfern zu heben, zu wegen, in Leichtfahrzeuge zu verschiffen oder auch, je nach Bedarf, in Speicher zu löschen. Bei der großen Ausdehnung, welche der Korntransport angenommen hat, ist selbstverständlich die rasche Erleichterung der Schiffe eine hohe Bedeutung gewonnen, und die Construction zweidienlicher Getreideelevatoren ist daher eine Aufgabe, an der sich seit Jahren Techniker und Erfinder jeder Art versucht haben. Die früheren Apparate dieser Art beruhten wesentlich auf der Verwendung von Paranofterwerken; vereinzelt wurden auch Versuche mit Saugventilatoren angestellt, welche jedoch bislang nicht zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Das neue hier zur Anwendung kommende Dückwische System hat dagegen die practische Probe ganz und voll bestanden. Ein Apparat dieser Art ist seit längerer Zeit in einem Londoner Dock in Verwendung und hat sich dort glänzend bewährt, sodas nun auch die Hamburg-Amerika-Linie, welche bei den bedeutenden Mengen losen Getreides, die ihre Dampfer hier anzubringen pflegen, ein bedeutendes Interesse an einer raschen und billigen Entladung besitzt, sich zur Anschaffung eines solchen Getreidehebbers entschlossen hat. Der Mechanismus besteht nämlich den notwendigen Dampfwerk, Maschinen und Luftpumpen aus zwei großen Thürmen zur Aufstellung der Luftbehälter, von denen jeder mit zwei Saugrohren in Verbindung steht. Durch diese letzteren wird das Getreide gehoben, und nachdem es selbstständig wirkende Waagen passiert hat, über lange Transporturen in die Leichtfahrzeuge oder Speicher geleitet. Die Verwendung von Handkraft ist auf ein Minimum reducirt: außer Bedienungspersonal für Maschine und Kessel nur ein Mann zur Führung des an das Saugrohr angebrachten Schlauches erforderlich. Der ganze Apparat wird auf einem großen, entsprechend construirten Fahrzeuge aufgestellt, so daß er sich sowohl zum Entladen von am Kai verladen, als auch auf dem Strom liegenden Fahrzeuge eignet. Welche Ersparniß sich durch die Verwendung eines derartigen Elevators erzielen läßt, darüber giebt einer der Jahresberichte der vorerwähnten englischen Dodgegesellschaft Aufschluß, in welchem besonders darauf hingewiesen wird, daß die günstigen finanziellen Resultate, welche die Compagnie erzielt, im Wesentlichen auf die Anschaffung des neuen Getreideelevators zurückzuführen seien. Der Bau des für Hamburg bestimmten Apparates ist der Firma G. Luther in Braunschweig übertragen, während die Herstellung des Fahrzeuges von einer deutschen Werft ausgeführt werden dürfte. Die Kosten des Getreidehebbers dürften sich auf ca. 300.000 M. belaufen.

Nicht ein Wort hat die bürgerliche Presse bei Besprechung dieser „interessanten Neuerung“ für die Massen von Arbeitern übrig, die durch die Neuerung brachlos werden, nicht ein Wort für die unzähligen Familien, deren Ernährer schon jetzt mit Arbeitslosigkeit genug zu kämpfen haben und fortan im verstärkten Maße als „überflüssige Hände“ auf's Pflaster geworfen werden. Bedinglich die „Ersparniß“, welche die Hamburg-Amerika-Linie machen wird, die „günstige finanzielle Resultat“, welches zum Nutzen der Löhner der Actionäre in Aussicht steht, begeistern die capitalistischen Organe! Die Zeit ist ja glücklicherweise vorüber, in der die muthentbrannten Arbeiter die Maschinen demolirten, weil sie den Arbeitsflaß die Arbeitslosigkeit raubten, aber jede neue technische Vorrichtung,

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

wenige Styr hier im Hause bleiben. Das Volk läßt sich nicht mundtot machen. Das Volk ist mündig und will seine freie Meinung sagen. Wir müssen die Ansichten des Grafen Mirbach zurückweisen, weil uns das Wohl des Volkes näher liegt, als das Wohl einzelner Interessengruppen.

Abg. Auer (Soz.): Wenn Graf Mirbach auch nur für seine Person gesprochen hat, so bin ich doch überzeugt, daß seine Meinung in weiten Kreisen der conservativen Partei geteilt wird. Die anderen Herren haben nur nicht den Muth, das so offenkundig zu sagen. Wenn Graf Mirbach von Bestechungsversuchen bei Wahlen gesprochen hat, so muß ich sagen, meine Partei ist dabei nicht theilhaftig. Die Wahllisten ergeben, daß überhaupt nicht alle Parteien Bestechungen versuchen, aber gerade die, der Graf Mirbach sehr nahe steht. Die Leute die sich bestechen lassen, will ich auch nicht in Schutz nehmen, aber ich muß sagen: Derjenige, der besticht, ist der bei Weitem Schlimmere. Graf Mirbach hat sich für Verschönerung der Altersgrenze ausgesprochen, und zwar auf Grund eigener Erfahrung. Nun, es gibt Leute, die seinen Ansichten, wo er älter geworden ist, auch noch nicht besonderen Geschmack abgemessen können. (Heiterkeit.) Ich möchte ihm aber erwidern, es sind nicht alle in der Wahl ihres Vaters so vorsichtig gewesen, daß sie von ihm ein paar Mitregüter und einen gefüllten eisernen Beistand erbte haben. Ein Arbeiter, der sich schwer durchs Leben schlagen muß, ist eben mit 25 Jahren erster und politischer reifer, als ein Angehöriger der sogenannten „goldenen Jugend“, der sich nur für Hunde, Pferde und Weiber interessiert. Graf Mirbach ist gegen die geheime Abstimmung. Aber selbst das neue sächsische Wahlgesetz schlägt die geheime Abstimmung vor. Ich möchte Ihnen empfehlen, machen Sie doch die Befreiung der geheimen Abstimmung zu Ihrer Wahlparole. Die Partei von der Rechten werden dann hier im Hause sofort verurtheilt. (Beifall links.)

Dieber (Str.): Ich habe dem Grafen Mirbach seine Stellung zum allgemeinen Wahlrecht hier einmal auszusprechen. Herr Mirbach erzählte uns eine Geschichte von einem Mann, der mit 20 Mk. bestochen worden sei. Er habe diesem den Rath gegeben, die 20 Mark zu behalten und doch zu stimmen, wie er wolle. Ich kann diesen Rath hier nicht würgen und bin so frei, den Grafen Mirbach für besser zu halten, als den Ruf, in den er sich hier selbst so stellt. Herr Graf Mirbach sprach von Bestechungen. Der Abgeordnete Auer, mein Freund Bachem und Herr Richter haben für ihre Parteien jeden Bestechungsversuch zurückgewiesen. Vielleicht ergänzt der Herr Graf seine Ausführungen und sagt, wer besticht. Graf Mirbach will bei seiner Herrenhaus-Rede nicht an den Staatsrecht gedacht zu haben, sondern er habe Alles auf verfassungsmäßigen Wege erreichen wollen. Wahrscheinlich hat Alexander der Große den gordischen Knoten auch auf verfassungsmäßigen Wege durchgehauen.

Abg. Graf Mirbach: Bei meiner Reue über Wahlbestechung dachte ich an die Wahl des Abg. Richter im Jahre 1888. Dem Abg. Richter bemerkte ich, daß ich meinen Ausspruch im Herrenhause so interpretirt habe, daß ich mit dem Durchhauen des gordischen Knoten nur die schnelle Lösung einer schwierigen Frage im Auge hatte und an das Schwert dabei nicht gedacht habe. Ich brauche es mir nicht gefallen zu lassen, daß mit etwas Anderem untergeschoben wird.

Abg. Richter bestreitet entschieden, daß bei der Wahl Richters im Jahre 1888 eine Bestechung vorgekommen sei. Graf Mirbach sollte sich doch geniren, hier so allgemeine Verdächtigungen auszusprechen.

Abg. Dr. v. Marquardsen (natl.) constatirt aus seiner Erfahrung in der Wahlprüfungskommission, daß von Bestechungsversuchen so gut wie keine Rede war. Er könne nicht begreifen, wie Graf Mirbach Bestechungen als etwas Alltägliches hinstellen könne.

Die Generaldiscussion wird geschlossen, in der Specialdebatte ergreift Niemand das Wort.

Der Antrag Richter wird gegen die Stimmen der Conservativen angenommen.

Es folgt die Berathung des Antrags Auer, die am Mittwoch voriger Woche abgebrochen worden war, in Verbindung mit dem Antrag Ander (frei. Sp.) betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht und das Recht der Coalition bezw. das Vereins- und Versammlungswesen.

Abg. Träger (frei. Sp.) befürwortet den Antrag Ander, der vor dem socialdemokratischen den Vorzug habe, weil er sich nur als ein Nothbehelf charakterisirt und für jeden annehmbar sei, der Vereins- und Versammlungsfreiheit wolle. Der Antrag Ander lautet nämlich: Einzigiger Paragraph des Vereinsgesetzes: Alle Deutschen sind berechtigt, ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß Vereine zu bilden und sich unbewaffnet in geschlossenen Räumen sowie auf Privatgrundstücken auch unter freiem Himmel zu versammeln. Auch sind die Vereine berechtigt mit anderen Vereinen zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten.

Die Bestimmungen der Reichsversammlungs- und Reichstagsgesetze, desgl. die Bestimmungen der Landesgesetze über die Ueberwachung von Zusammenkünften bleiben unberührt. Das Wichtigste für uns ist die Aufhebung des Verbots des Zusammenbringens. Abg. Auer hat schon das Saisalfat erwähnt, das seine Partei durch Herrn von Köller getroffen hat. Jede Partei, die erfolgreich wirken will, muß daran denken, sich von dieser Fessel zu befreien. Die Bestimmung muß ja umgangen werden, doch das ist nicht das Schlimmste. Die Beschränkung fordert geradezu zur Willkür heraus und nicht schädigt das Rechtsbewußtsein des Volkes mehr als die Anwendung des allgemeinen Rechts als Ausnahme. Die Köllersche Maßregel war überdies von unglaublicher politischer Kurzsichtigkeit dictirt. Das Dammfesthalten hängt schließlich über allen Parteien. Heute sind die socialdemokratischen Vereine, morgen vielleicht die katholischen Gesellenvereine bedroht. Der Erweiterung der Frauenrechte steht wohl auch nichts im Wege, die Bestimmung, daß Frauen nicht an Versammlungen von Vereinen auch geselliger Natur, theilnehmen dürfen, muß beibehalten werden. Diese Gesetzesbestimmung laßt dem Naturgesetze kein Vergnügen ohne Dammfesthalten direct zuwider. Vernünftigerweise ist die Polizei so klug und einsichtsvoll, gewöhnlich ein Auge zuzudrücken. Macht sie es aber auf, so dient diese Bestimmung stets dazu, mißliebigen Vereinen einen Strich zu drehen.

Abg. Dr. Bachem (Str.) spricht sich auch für Versammlungs- und Vereinsfreiheit aus und bekämpft die Maßregelung der socialdemokratischen Vereine und des Parteivorstandes durch den Minister von Köller. Ich liebe nicht an, zu erklären, daß wenn das Gesetz die Polizeimaßregel bestände und die Herren bestraft werden, die preussische Verwaltung verurtheilt ist, gegen jede andere Partei, in der sich ähnliche Organisationen befinden, ohne Ansehen der Person strafrechtlich vorzugehen. (Beifall links und im Centrum.) Gewiß ist es nicht ausgeschlossen, daß ein Mann im Geiste des Herrn v. Köller auch den Aufschrei verurtheilt könnte, aber vorläufig sehe ich keine Gefahr. Ich halte es nach wie vor für räthlich, zu einem vernünftigen Vereinsrecht in Deutschland auf dem dargelegten Wege zu kommen. In der vorliegenden Form könnten wir den Auer'schen Antrag nicht annehmen, wir müßten ihn in eine Commission verweisen und dort Abänderungsanträge stellen. Die Geschäftsstelle des Reichstages schließt es aber aus, daß die Commission ihre Arbeiten beendet. Man nehme es uns daher nicht übel, wenn wir gegen den Antrag Auer und Träger stimmen. Beschränkungen im Vereinsrecht erscheinen uns notwendig, für Unentgeltliche Vereinsarbeit, wie sie beiden Anträgen gemeinsam ist, können wir uns nicht erklären. Ich will das Weib nicht absolut dem öffentlichen Leben ausschließen, aber der Satz, daß die Frau in politischen Angelegenheiten zu schweigen habe, folgt aus der Natur des Weibes wie Gott es geschaffen hat. Kein Sozialist

hat jemals auch nur in Frage gestellt, ob das Weib eine Seele habe. In den Kirchenbüchern ist Collette Auer denn doch nicht beschlagen. (Heiterkeit.) Dabei erachten wir das Weib durchaus nicht für minderwerthig, sondern nur anders geartet, als der Mann: eines schließt sich nicht für alle. Das Recht für die Arbeiterinnen, wirtschaftliche Vereine zur Erreichung besserer Lebensbedingungen zu bilden, wird von uns nicht bestritten. Auer hat mit ganz berechtigtem Spott auf die Zerissenheit der verschiedenen Vereinsrechte hingewiesen. Aus diesem Grunde beantragen wir für die zweite Lesung folgende Resolution: In Erwägung, daß der Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches die privatrechtliche Seite des Vereinswesens einheitlich zu regeln vorschlägt, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage möglichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die öffentlich rechtliche Seite des Vereinswesens, so wie des Versammlungsrechtes für das ganze deutsche Reich einheitlich regelt. Es kann nicht Sache des Reichstages sein, Gesetzentwürfe von solcher Tragweite auszuarbeiten. Ein einheitliches und freirechtliches Vereinsrecht verlangen wir von dem freirechtlichen Vereinsrecht Württembergs, das sich bewährt hat, entspricht, besse sympathischer werden wir ihr gegenüberstehen. Zur Bekämpfung der Socialdemokratie darf das Vereinsrecht nicht dienen. Von Polizeimitteln erwarten wir nichts, alles nur vom geistigen Kampfe. Der beste Beweis für die Vortrefflichkeit dieser Partei bietet Köln, wo von einer Organisation der socialdemokratischen Vereine nicht die Rede ist. Und dennoch ist es uns nur durch das Mittel der freien Rede gelungen, Massen von Arbeitern zurückzuführen auf die Bahn der Loyalität. Während wir früher feils in der Stichwahl mit der Socialdemokratie haben ringen müssen, ist es uns im vorigen Jahre gelungen, beim ersten Wahlgange durchzubringen. Die Socialdemokratie muß überwunden werden, schon im Interesse des christlichen Staates. Aber der Behauptung, sie zur Verzweiflung und dadurch zur Rebellion zu treiben, ist geradezu frechhaft und vergiftend für das deutsche Volkleben. Mit dem Grundlag; Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe, kommt man hier nicht durch! (Bravo! im Centrum.)

Abg. Schall (cons.): Der Abgeordnete Auer hat offenbar den Fürsten Bismarck beleidigen wollen, als er von „abgrundtiefer Gemeinheit der Sinnung“ sprach. Diese Beleidigung weisen wir mit Entrüstung zurück. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Sie verlebt das deutsche Volk in seinen innersten Gefühlen. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Da können Sie sich nicht wundern, wenn man sich fragt, ob man Ihnen noch das gleiche politische Recht zubilligen darf, wie anderen Parteien. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Redner verweist auf die Resolution einer Hamburger Versammlung, die gegen die Umsturzgefühle der Socialdemokratie Bekämpfung des Wahlrechts gefordert habe. Redner kritisiert den Auer'schen Antrag. Wer am öffentlichen Leben theilnehmen wolle, der müsse trocken hinter den Ohren sein, kein grüner Junge. Die Frau gehört beruflich und bestimmungsmäßig ins Haus. Das Weib schweige in der Gemeinde; der Mann ist des Weibes Haupt, sind heilige Bibelworte. Vielleicht kommen die Socialdemokraten zu ihren Anschauungen über das Frauenrecht, weil sie alle unter dem Fantasma stehen. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Daß eine Frau auf dem evangelischen Congreg gesprochen hat, hat durchaus nicht allen Christen gefallen. Durch die Theilnahme der Frau am öffentlichen Leben würde das Haus zur Hölle gemacht werden. Das Auftreten der Frau klara Zeilen auf dem Breslauer Parteitage kann uns auch nicht grade Lust machen, den Frauen politische Rechte zu geben. Ebenso war es mit dem Auftreten der Frau Steinbach. Goethe sagt zwar: Das ewig weibliche zieht uns hinan. Aber durch solche Reden wird Niemand höheren Geistes schenken erhalten. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Redner verweist auf den Fall Focher, als einer Illustration dafür, wie es im Zukunftsstaate aussehen werde. Vernünftige Frauen hegen überhaupt nicht den Wunsch, am öffentlichen Leben theilzunehmen. Diejenigen Frauen sind die besten, von denen man am wenigsten spricht. Ich bestreite dabei die Existenz einer Frauenfrage durchaus nicht. Das ist der Nothstand unserer Zeit, daß wir einen solchen Ueberfluß von Jungfrauen haben, die keine Versorgung finden. Ich bin deshalb für eine Junggesellensteuer. (Heiterkeit.) Auch habe ich nichts gegen weibliche Aerzte und Fabrikinspectorinnen. Aber ins politische Leben dürfen sie nicht gezogen werden. Der schönste Ruhm einer deutschen Frau werden immer ihre Kinder sein. (Bravo rechts.)

Abg. Bueh (Social): Auf die Nachmittagspredigt des Herrn Vorredners will ich nur mit zwei Bemerkungen eingehen. Daß er die Anschauungen Bismarcks hier vertheidigt, der die Angehörigen der größten Partei Deutschlands auf die Barricaden treiben will, ja daß er im gewissen Sinne noch päpstlicher, als der Papst ist, braucht bei dem Angehörigen eines Priesterthums nicht Wunder nehmen, das nun schon glücklich auf dem Standpunkt: ave Caesar, morituri te saluamur angelant ist. (Sehr gut! links.) Daß er sich aber heute in Eszern über die Ehe im Zukunftsstaate verhält hat, muß einigermassen sonderbar erscheinen. Flora Sag ist doch eine solche Berühmtheit (Heiterkeit links), daß ein Angehöriger der Rechten heiter thut, sich hier nicht als Sittenrichter auszuweisen. Auf die übrigen Geistesleistungen des Herrn Schall will ich nicht eingehen, ich benutze lieber die Gelegenheit, hier einmal die Zustände in Elsaß-Vorbringen zu beleuchten und an ihnen die Nothwendigkeit einer einheitlichen Regelung des Vereinsrechtes zu erweisen. Als der Abgeordnete Colbus jüngst Elsaß-Vorbringen mit Sibirien verglich, lachte man auf den Banken der Nationalliberalen. Ich nehme zur Ehre der Herren an, daß sie die thatsächlichen Verhältnisse nicht kennen. Zum Lachen ist wirklich kein Grund vorhanden. Der Vergleich Elsaß-Vorbringens mit Sibirien trifft vollaus zu. Mir drängt sich noch ein anderer Vergleich auf. Von der Anwendung der Militärstrafe in den Colonien hat das deutsche Volk gehört und sich darüber entrüstet. Elsaß-Vorbringen aber hat die Schläge der Kaiserdeutschheit des Ausnahmegesetzes zu empfinden. Mit diesen Anbelegungen den Patriotismus anzufachen, ist eine Sündhülfs-Arbeit. Und nun denken Sie sich die Handhabung dieser Gesetze durch Herrn von Köller, diesen Staatsmann par excellence. Die strengen Bestimmungen erstrecken sich auf alle Vereine, auch auf die ungeschicktesten Gesangsvereine. Es herrscht die absolute Willkür. Man hat uns gesagt, wir kämen in einen Culturstaat. Wo denn? Mit solchen Gesetzen wollen sie uns das plaubel machen? Das französische Volk hat, als es das napoleonische Joch abgestüttelt hatte, diese Gesetze sofort abgeschafft, weil es sich ihrer geschämt hat. Wir Elsaßer aber müssen in dem Culturstaat, der sich deutsches Reich nennt, weiter unter ihnen schmachten. Man will uns ja auch nicht germanisiren, sondern alles geschieht unter dem Gesichtswinkel, uns zu verpreußen. Mit dem Recht der Coalition steht es nicht anders. Dabei sind die Zustände derartig, daß wenn irgendwo das Coalitionrecht, es in Elsaß-Vorbringen nothwendig ist. Wenn man uns im Elsaß einmal eine Versammlung erlaubt, zur Förderung wirtschaftlicher Dinge, wird uns die Nennung der Namen der Fabrikanten verboten. Meistentheils werden die Versammlungen aber überhaubt verboten, so wurden nie in Mühlhausen zwei Versammlungen verboten, die eine, in der ich über das Fabrikinspectorat reden, die zweite, in der ich vor leichtsinnigen Streiks warnen wollte. Zum Störzählen werden die Socialdemokraten auch im Elsaß, wie anderswo herangezogen, aber über die Steuererhebung darf in Versammlungen nicht gesprochen werden, das gilt für staatsgefährlich. Auch die Verleumdung über die Verhandlungen des Reichstages wird so viel wie möglich zu verhindern gesucht. Wir wurde eine Versammlung aufgelöst, als ich aus dem stenographischen Bericht eine Stelle verlas. Dem Abgeordneten Sebel in Straßburg auch seine Berichterstattung verboten, er konnte in diesem Jahre nicht einmal in Baden reden. Man verbietet dort die Versammlung aus einem Sittlichkeitsparagrafen.

Wie hat man uns gelegentlich der Ermordung des Fabrikanten Schwarz hianirt. Ich will heute nicht näher hierauf eingehen, demnach wird sich eine bessere Gelegenheit dazu finden. Ich will heute nur constatiren, daß schon drei Tage nach dem Mord der Polizeimeister Zahn festgestellt hatte, daß es sich um kein Complot, sondern nur um die That eines Einzelnen handelte, was auch für Jeden, der die Persönlichkeit des Mörders konnte, klar war. Da kam aus irgend einem Jagdrevier ein Telegramm des Inhalts: „Wieder ein Opfer der socialdemokratischen Revolutionsbewegung“ und nun wurde ein Treiben gegen die Socialdemokratie eröffnet, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Ich konnte mich vor Hausdurchsuchungen gar nicht mehr retten. Eine Versammlung, in der wir gegen diese Behandlung protestiren wollten, wurde uns natürlich verboten. (Hört, hört! links.) Wir mußten uns mit Roth bewerkeln lassen und durften nichts dagegen sagen. Ich frage Sie nun, ob es der Ehre des deutschen Reiches entspricht, wenn deutsche Staatsbürger ins Ausland gehen müssen, um Unschuldigungen, die ihnen von hoher Stelle ins Gesicht geschleudert werden, zurückzuweisen. Ich bin damals nach Basel gegangen und habe dort in einer großen Versammlung vor Elsaßern und Schweizern den Fall erörtert. Herr Bachem sagte einmal, es gab eine Zeit, wo die katholischen Vereine im Elsaß noch schlechter behandelt wurden als wir. Das ist vorüber, war auch nie ganz richtig. Aber eine Zeit lang sind diese Vereine schärfer angefaßt worden. Herr Bachem hätte also alle Veranlassung, hier mitzutun und ein einem Culturlande würdiges Vereinsgesetz zu schaffen. Jetzt werden ja die katholischen Versammlungen mit dem Rußf eingeleitet: Wir stehen treu zu Kaiser und Reich, es gab doch aber eine Zeit, wo Freiheitsbäume eingeweiht wurden. In Straßburg bestehen Vereine aller Parteien, nur kein socialdemokratischer. Der ist verboten. Aber auch die anderen Vereine werden hianirt, freilich zieht man sie auf der anderen Seite wieder hervor, wenn es sich um Fackeltrugereien und sonstigen patriotischen Krimin handelte. In Colmar haben erfreulicher Weise einzelne Vereine diese letzten Zumuthungen wegen der sonstigen Chicanen abgelehnt. In letzter Zeit haben die Ausweisungen aus dem Reichslande Aufsehen erregt. Man schießt da mit Kanonen nach Spanien. Man hat im Elsaß jebiel Militär und Gendarmerie, daß durch solche Kindereien, wie sie Herr Noad-Dollfuß getrieben, das Vaterland nicht in Gefahr kommt. Größere Willkür als in diesem Falle herrscht aber noch bei Ausweisungen von Arbeitern. Man will uns in jeder Beziehung verpreußen und ich möchte die jüdischen Kollegen schärft machen, daß sie die preussische Regierung nicht schalten und walten lassen, wie sie will. Die Süddeutschen haben das Elsaß doch auch mitgeholt. In nächster Zeit werden Sie den Erinnerungstag an die Annexion feiern, aber das elsass-lothringische Volk werden Sie nicht in Ihren Reihen finden. Das elsass-lothringische Volk hat keine Veranlassung, sich über die Annexion zu freuen, so lange es unter den Anbelegungen schmachet. Wenn wir ihre Aufhebung verlangen, so fordern wir sie nicht um unsererseits. Die Socialdemokratie ist trotz Socialistengesetz mächtig angewachsen, sie kann auch trotz aller Maulkorbgesetze für sich Propaganda machen. (Unruhe rechts.) Ich weiß, daß Sie die Wahrheit nicht hören, um so mehr fühle ich mich verpflichtet, sie Ihnen hier zu sagen. (Beifall bei den Socialdem.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Tagesordnung: Gewerbenovelle. Etat des Reichshaushaltes.)

Schluss 5 Uhr.

Locales.

Breslau, den 10. Februar 1896.

Parteigenossen!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Gedenkt der um eine menschenwürdige Existenz kämpfenden Schneider und Schneiderinnen der Confectionindustrie!

Zur Lohnbewegung der Breslauer Schneider und Schneiderinnen.

Die Lohncommission ersucht uns um Veröffentlichung nachstehender Erklärung zum Lohnstarif, welcher den Unternehmern unterbreitet wurde:

Die Lohncommission suchte diese Form des Lohnstarifs, weil in den Geschäften die Preise für Stücke, z. B. für Herstellung eines Rockes oder einer Hose nicht immer die gleichen sind, sondern je nach Güte des Stoffes gearbeitet und bezahlt wird. Bei leichteren Stoffen erfolgt eine leichtere Verarbeitung; selbstverständlich können von dieser Sorte in einer bestimmten Zeit eine größere Anzahl hergestellt werden als von den besseren Sachen. In dieser Weise gleicht sich der Verdienst aus. Nun sind aber die bestehenden Preise derartig, daß bei angestrengtester 12- bis 14stündiger Arbeitszeit es unmöglich ist, auf einen den Lebensanforderungen entsprechenden Verdienst zu kommen und als Mensch existiren zu können. Für die mittlere Hose werden z. B. dem Zwischmeister 50 Pfennige gezahlt; davon erhält die Handarbeiterin 25 Pfennige, für das Maschinennähen werden 5 Pfennige gezahlt, für das Nähen der Hose 7 Pfennige; es bleiben also noch 13 Pfennige für Produktionskosten, wozu gehören: Werkstoffmiete, Heizung zum Nähen, Beleuchtung, Abnutzung der Maschinen und Werkzeuge, Rohmaterial zur Maschine, das Holen und Abtragen der Arbeit, Beiträge zur Arbeiter-Versicherung.

Eine geübte Handnäherin stellt in einem Arbeitstage von 12 Stunden (einschließlich einer eintündigen Mittagspause) vier Paar Hosen fertig. Sie verdient demnach 4 mal 25 Pfg. gleich eine Mark täglich, wöchentlicher 6 Mark! Davon gehen ab für Rohmaterial 65 Pfg., Beiträge für die Krankenkasse und die Invaliditäts- und Altersversicherung 19 Pfg. Der Arbeiterin, die sich die ganze Woche hindurch außerordentlich anstrengen mußte, verbleiben schließlich für den Lebensunterhalt 5,16 Mark. Der Jahresverdienst beträgt somit 268,32 Mark. Wenn nun zwar in der Saison durch ausgedehnte Arbeitszeit der Verdienst steigt, so gleicht sich dies durch das Weniger in der flauen Zeit aus. So steht es auch bei den Weibern. Der betrag der Jahresverdienst eines Meisters beträgt, wird klar, wenn man annimmt, daß ein Zwischmeister in der Woche 300 Paar Hosen liefert. Es bleiben ihm an jedem Paar 13 Pfennige, seine Einnahme beläuft sich mithin auf 39 Mark, wovon die Hälfte für Produktionskosten in Abzug gebracht werden muß, so daß sein wöchentlicher

